

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 05. September 2016

Projekt Zukunft: #NeueGerechtigkeit

Neue Aufstiegschancen: Berufliche und akademische Bildung gleich wertschätzen – Einstieg und Aufstieg für beruflich qualifizierte ermöglichen

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. Deshalb führt die SPD-Bundestagsfraktion einen breit angelegten Dialog mit Fachleuten, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam mit ihnen erarbeiten wir Konzepte für die Herausforderungen der Zukunft. Unser Ziel: Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft ein erfolgreiches und zugleich gerechtes Land ist, ein Land, das zusammenhält: Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit. Die Projektgruppe #NeueChancen ist eine von insgesamt sechs Gruppen, die im Rahmen dieses Projekts nach Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft sucht. Sie hat das folgende Maßnahmenkonzept erarbeitet.

Ausgangslage: Herausforderungen und Ziele

Wir wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Die Aufnahme einer Erwerbsarbeit ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Bildung bereitet darauf vor. Die berufliche Bildung ist für die meisten Menschen der zentrale Einstieg in das Erwerbsleben. Die SPD-Bundestagsfraktion will deshalb, dass alle jungen Menschen, die dies anstreben, eine berufliche Ausbildung absolvieren können. Zurecht wird das deutsche System der Berufsbildung international geschätzt für seine hochwertige und praxisnahe Ausbildung sowie seine Leistungen bei der Arbeitsmarktintegration. Wir treten dem oft künstlich konstruierten Gegensatz zwischen beruflicher und akademischer Bildung entgegen. Vielmehr wollen wir die Gleichwertigkeit beider Bildungswege politisch konkret umsetzen.

Wir wollen mehr Gemeinsamkeit und Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Historisch sind die berufliche und akademische Bildung in Deutschland institutionell getrennte Systeme, für die sich junge Menschen mit der Wahl der weiterführenden Schule schon sehr früh entscheiden müssen. In den vergangenen Jahrzehnten entstand aber sowohl bei Betrieben als auch bei den Menschen selbst der Wunsch, beide Bildungswege enger miteinander zu verbinden. So wurden in den letzten Jahren verstärkt berufsbegleitende Studienangebote entwickelt. Zudem verfügt mittlerweile ein Viertel aller Auszubildenden

über eine Studienberechtigung. Andererseits hat gut ein Fünftel aller Studienanfängerinnen und Studienanfänger bereits eine berufliche Ausbildung abgeschlossen. Immer mehr beruflich Qualifizierte ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung beginnen ein Studium, wenngleich ihr Anteil unter den Studierenden mit drei Prozent noch marginal ist. Wir sehen in den aktuellen Entwicklungen zugleich eine Herausforderung und eine Chance und wollen, dass berufliche und akademische Bildung die Leistungen aus dem jeweils anderen Bildungsbereich noch stärker anerkennen.

Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung noch besser auf die Anforderungen der neuen Arbeitswelt vorbereiten. In Zukunft werden sich die Qualifikationsanforderungen angesichts einer zunehmenden Technologisierung und Digitalisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft weiter verändern. Viele Menschen profitieren von dieser Entwicklung. Für sie bieten sich neue Möglichkeiten, ihren gestiegenen Gestaltungsanspruch an die eigene Bildungs- und Erwerbsbiografie besser zu realisieren. Selbstbewusst strukturieren sie ihren konkreten Arbeitsalltag und ihren persönlichen Lebensverlauf. Andere Menschen fürchten hingegen, dass ihre Qualifikationen in einer dynamischen Arbeitswelt schnell wertlos werden. Sie haben Sorge, den immer komplexeren Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht mehr gerecht werden zu können. Wenn die Anforderungen im kognitiven Bereich steigen oder Betriebe ihre formalen Zugangsvoraussetzungen anheben, hat das Auswirkungen für ausbildungsplatzsuchende Jugendliche ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss. So findet derzeit nur etwa die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber mit einem Hauptschulabschluss eine Lehrstelle. Noch schwieriger gestaltet sich die Suche nach einer Lehrstelle für Hauptschulabsolventinnen und -absolventen mit Migrationshintergrund. Dabei ist die duale Ausbildung entscheidend für die Arbeitsmarktintegration: Menschen ohne Berufsausbildung haben ein drei- bis viermal höheres Risiko, arbeitslos zu sein. Auch mit Blick auf die Geflüchteten steht die Integrationskraft des dualen Systems deswegen vor besonderen Herausforderungen.

Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle. Gleiche Bildungschancen sind der Garant für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen ermöglicht, einen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Wir wollen ein Bildungssystem, das Bildungsgerechtigkeit schafft, indem es unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen ausgleicht, Leistung würdigt und sozialen Aufstieg ermöglicht. Wir wollen ein Bildungssystem, das flexible Bildungsbiografien anerkennt und fördert. Wir wollen ein Bildungssystem, das berufliche und akademische Bildung gleich wertschätzt und zwischen ihnen gleichwertige Wege und Kombinationen ermöglicht.

Wir wollen, dass Bund und Länder kooperieren können. Die Projektgruppe #NeueChancen der SPD-Bundestagsfraktion hat sich in einem intensiven Dialog mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden und Praxis über die Herausforderungen ausgetauscht, vor denen die beruflichen und akademischen Bildungssysteme stehen. Gemeinsam haben wir Lösungsansätze erarbeitet. Wir sind davon überzeugt, dass sich der Bund angesichts der

Dimension dieser Herausforderungen aktiv an der Bildungspolitik beteiligen muss. Das Kooperationsverbot muss auch aus diesem Grund durch neue Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern ersetzt werden. Der Bund muss sich an der Bewältigung dieser Herausforderungen dort stärker beteiligen können, wo es sinnvoll und leistbar ist. Unbestritten bleibt, dass Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung des Bildungssystems sichern können. Das erfordert auf allen drei Ebenen neue Priorisierungen für diese wichtigen Zukunftsaufgaben, wobei keine staatliche Ebene finanziell überfordert werden darf.

Uns geht es um jeden einzelnen Menschen: Wir wollen nicht nur vorhandene Potenziale bestmöglich nutzen, sondern vor allem auch individuelle Entfaltungsmöglichkeiten bieten und soziale Integration leisten. Wir schlagen daher in unserem Konzept für „neue Aufstiegschancen“ konkrete Maßnahmen vor, um:

- I. alle jungen Menschen in Ausbildung zu bringen,
- II. die berufliche Ausbildung qualitativ und strukturell zu stärken und
- III. berufliche und akademische Bildung besser zu kombinieren.

I. Alle jungen Menschen in Ausbildung bringen

Wir geben uns nicht damit zufrieden, dass viele junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung und teilweise trotz Schulabschluss auf der Strecke bleiben. Allein im vergangenen Ausbildungsjahr konnten rund 80.000 Jugendliche, die eine Ausbildung beginnen wollten, nicht vermittelt werden. Darüber hinaus kamen mehr als 270.000 junge Menschen in Maßnahmen des Übergangssystems, das leider in vielen Fällen eine Sackgasse darstellt. Weitere – insbesondere alleinerziehende junge Frauen – bleiben außen vor, weil ihnen eine Vollzeit-ausbildung nicht möglich ist.

In den letzten Jahren konnten insbesondere junge Menschen mit Hauptschulabschluss immer seltener einen Ausbildungsplatz finden. Mittlerweile setzen zwei Drittel der angebotenen Stellen in der IHK-Ausbildungsbörse mindestens eine Mittlere Reife voraus. Zudem verlassen rund 47.000 Schülerinnen und Schüler aktuell pro Jahr die Regelschule ohne Abschluss. Insbesondere bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund verschärft sich dieses Problem. Zugleich bleiben immer mehr Ausbildungsplätze unbesetzt, vor allem bei den kleinen und mittleren Betrieben in bestimmten Ausbildungsberufen und mit großen regionalen Unterschieden.

Wir wollen, dass alle jungen Menschen, die eine Ausbildung absolvieren möchten, einen Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen jeder und jedem eine individuelle Chance geben.

Dabei berücksichtigen wir individuelle Lebensumstände. Einen besonderen Blickpunkt legen wir auf die Geflüchteten, für deren Integration die Aufnahme in den Arbeitsmarkt zentral ist.

a. Ausbildungsgarantie umsetzen

Wir wollen allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz garantieren. Die betriebliche Ausbildung ist dabei aus unserer Sicht die beste Lösung. Um sie möglichst vielen jungen Menschen zu ermöglichen, ist die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe weiter zu erhöhen. Die Allianz für Aus- und Weiterbildung leistet als gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern, Bundesagentur für Arbeit, Wirtschaft und Gewerkschaften wichtige Arbeit. Bei der Erfüllung der Ausbildungsgarantie kommt ihr eine koordinierende Rolle zu, was allerdings voraussetzt, dass die Partner der Allianz die gegebenen Zusagen für mehr betriebliche Ausbildungsplätze auch einhalten. In einem weiteren Schritt sind die überbetrieblichen Ausbildungsplätze auszubauen, bei denen mehrere Betriebe gemeinsam bestimmte Ausbildungsbereiche abdecken, die von einzelnen Betrieben nicht geleistet werden können. Als letzter Schritt können Ausbildungsplätze bei außerbetrieblichen Trägern mit einem engen Praxisbezug Wege in eine duale Ausbildung aufzeigen. In die Finanzierung könnte ergänzend zu einem branchenbezogenen Ausbildungsfonds eine steuerfinanzierte Komponente einbezogen werden. Außerbetriebliche Ausbildungsplätze sollen gemäß dem Hamburger Modell nach dem ersten Ausbildungsjahr in eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung übergehen. Dabei wollen wir insgesamt auch die Möglichkeit stärken und nutzbar machen, Ausbildung in Teilzeit zu absolvieren.

Wir wollen die Ausbildungsgarantie. Allen Jugendlichen, die unvermittelt oder im Übergangssystem sind, wird dann ein Weg in Ausbildung aufgezeigt!

Die Ausbildungsgarantie gilt für alle Menschen, das heißt auch für die jungen Geflüchteten, die eine Ausbildung anstreben. Wir haben erreicht, dass sie für die Dauer ihrer Ausbildung eine Duldung erhalten und im Anschluss an die Ausbildung mindestens zwei Jahre weiterarbeiten dürfen. Die Ausbildungsgarantie ist – verbunden mit einer weiteren Öffnung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgelds – ein wichtiger Schritt für ihre Integration.

b. Regionale Unterschiede dämpfen

Auch in unterversorgten Regionen mit zu wenigen Ausbildungsplätzen sollte kein junger Mensch ohne Ausbildungsplatz bleiben. Für die Zukunft dieser Regionen ist es wichtig, möglichst vielen jungen Menschen vor Ort ein Angebot zu machen. Daher soll das Angebot von überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen diese Regionen besonders im Blick haben. Auch eine zunächst außerbetriebliche Ausbildung soll eine Erwerbstätigkeit in der Region ermöglichen. Weil dies nicht immer gewährleistet werden kann, ist zusätzlich die Mobilität junger Auszubildender zu stärken. Die Bundesagentur für Arbeit kann hier eine Schlüsselposition einnehmen und Regionen mit unbesetzten Ausbildungsstellen identifizieren. Des Weiteren sollte sie für eine Besetzung offener Ausbildungsstellen durch junge Men-

schen aus Regionen mit angespanntem Ausbildungsmarkt werben und, wo dies realistisch ist, zum Ausbau von Wohnheimplätzen beitragen.

c. Jugendberufsagenturen bundesweit etablieren

In den vergangenen Jahren entstanden vielerorts Jugendberufsagenturen, weitere sind aktuell in Planung. Jugendberufsagenturen verknüpfen die Leistungen von Jobcenter, Agentur für Arbeit, Jugendhilfe und oftmals auch Schule. Dadurch vereinen sie Beratung, Vermittlung, Begleitung und Förderung zum Teil auch „unter einem Dach“. Jugendberufsagenturen geben Jugendlichen Orientierung und erleichtern Betrieben ihre Ausbildung. Wir wollen, dass Jugendberufsagenturen flächendeckend eingerichtet werden und sich die Schulen noch stärker beteiligen. Deswegen soll der Bund gemeinsam mit den beteiligten Akteuren verbindliche Qualitätsstandards für Jugendberufsagenturen definieren.

d. Wege aus dem Übergangsbereich schaffen

In zu vielen Fällen führen die Maßnahmen des Übergangsbereichs heute nicht in eine anschließende Ausbildung. Das soll sich nach unserer Vorstellung von einer Ausbildungsgarantie ändern, weil außerbetriebliche Ausbildungen dann verstärkt nach einem Jahr in eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung übergehen sollen. Doch wir wollen auch über einer Viertelmillion jungen Menschen, die Jahr für Jahr in den Übergangsbereich gelangen, das Absolvieren einer Ausbildung ermöglichen. Die erlernten Inhalte und erworbenen Fertigkeiten aus den Übergangsmaßnahmen sollen zunächst vergleichbar gestaltet und perspektivisch in ein gemeinsames Zertifizierungssystem überführt werden, das Lernfortschritte dokumentiert und eine Anrechnung bei einer späteren Ausbildung ermöglicht. Hier wollen wir mit den weiteren beteiligten Akteuren Möglichkeiten prüfen. Für den Wechsel aus dem Übergangsbereich in Ausbildung soll die Initiative „AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“ ausgebaut werden.

e. Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen ausbauen

Mit der assistierten Ausbildung existiert ein wirksames Instrument, um lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten jungen Menschen zum erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung im Betrieb zu verhelfen. Mit ausbildungsbegleitenden Hilfen können Auszubildende gefördert werden, die weniger intensive Unterstützung brauchen. Beide Förderungen orientieren sich am individuellen Bedarf; sie sind flexibel, passgenau und immer wieder neu justierbar. Sie bieten Hilfestellung bei Lern- und Prüfungsschwierigkeiten sowie bei Problemen im sozialen Umfeld und im Betrieb. Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen sind zentrale Instrumente, um die Ausbildungsgarantie zum Erfolg zu führen und insbesondere zur Integration der jungen Menschen aus dem Übergangssystem beizutragen. Daher sollen mehr Betriebe für beide Instrumente gewonnen werden. Besonders die assistierte Ausbildung, die 2015 eingeführt wurde, ist durch die Jobcenter, Agenturen für Arbeit, die Wirtschaft und die Gewerkschaften stärker zu bewerben. Wir wollen in den Strukturen der Bun-

desagentur Einheiten stärken oder schaffen, die Betriebe für die assistierte Ausbildung gewinnen und ihnen als Ansprechpartner während einer assistierten Ausbildung zur Verfügung stehen.

Die Instrumente sollen zudem noch mehr für die Arbeitsmarktintegration junger Menschen mit Behinderungen sowie junger Geflüchteter genutzt werden. Der Zugang für Asylsuchende und Geduldete ist weiter zu verbessern, die Komponente des berufsbezogenen Spracherwerbs noch stärker mit den Instrumenten zu verzahnen. Zur Einbeziehung funktionaler Alphabeten und anderer Gruppen mit erheblichen Beeinträchtigungen sollte – soweit eine betriebliche Berufsausbildung erreichbar ist – unter klar definierten Voraussetzungen auch bei einer Förderung in assistierter Ausbildung von der im Recht der beruflichen Bildung geregelten Ausbildungsdauer abgewichen und eine Verlängerung um mindestens ein Jahr gewährt werden können.

II. Die berufliche Ausbildung qualitativ und strukturell stärken

Die duale Ausbildung mit den gleichwertigen Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor unseres Landes. Sie bietet eine Ausbildung nahe am späteren Arbeitsfeld, aber sie ist auch vielfach tariflich abgesichert und gesetzlich geschützt. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte fortschreiben. Künftig soll jungen Menschen die Entscheidung für eine berufliche Ausbildung wieder leichter fallen. Dies gelingt, indem wir die Bedingungen dafür verbessern. Wir wollen die Qualität der Ausbildung in den Blick nehmen und den Lernort Berufsschule stark halten.

In den letzten Jahren hat die Ausbildungsqualität in den Betrieben einzelner Branchen abgenommen. Gerade in diesen Bereichen sind deshalb auch viele unbesetzte Lehrstellen zu verzeichnen. Zahlreiche Überstunden, fehlende Struktur der Ausbildung oder auch eine überdurchschnittliche Menge an ausbildungsfremden Tätigkeiten sind nur einige Beispiele für den Qualitätsmangel in einigen Ausbildungsberufen. Hinzu kommen sehr unterschiedliche Ausbildungsvergütungen in verschiedenen Branchen und Regionen. Mechatronikerinnen und Mechatronikern in Ausbildung stehen in Westdeutschland immerhin durchschnittlich 998 Euro im Monat zur Verfügung, während die monatliche Ausbildungsvergütung im Friseurhandwerk in Ostdeutschland lediglich 269 Euro beträgt.

Kennzeichen der beruflichen Bildung ist die Gleichwertigkeit der Lernorte Betrieb und berufsbildende Schule. Auch die Berufsschule steht vor großen Herausforderungen. Ausbildung und Fachlichkeit der Berufspädagogik sind konfrontiert mit reduziertem Personal in Lehre und Forschung an den entsprechenden Fachbereichen der Hochschulen. An vielen Berufsschulstandorten fehlt eine zeitgemäße technische und digitale Ausstattung, Schulräume und Werkstätten sind veraltet, was die Ausbildung für die Industrie 4.0 erschwert.

Zugleich haben Berufsschulen in den letzten Jahren mehr und mehr pädagogische Aufgaben übernommen, um Jugendliche auf eine duale Ausbildung vorzubereiten.

a. Mindestausbildungsvergütung einführen

Wir wollen eine allgemeine Mindestausbildungsvergütung einführen. Ausbildung darf nicht unter Wert verkauft werden. Auszubildende müssen für ihre Tätigkeit einen angemessenen Gegenwert erhalten, der ihnen ermöglicht, die Ausbildung weitgehend sorgenfrei zu absolvieren – auch wenn wir wissen, dass eine Ausbildungsvergütung kein Arbeitslohn im klassischen Sinne ist. Gemeinsam mit den Sozialpartnern, der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesinstitut für Berufsbildung wollen wir daher ein Konzept erarbeiten, wie eine angemessene Vergütung in verschiedenen Branchen und Ausbildungswegen aussehen kann. Ergänzend begrüßen wir eine verstärkte Ausweitung von Tarifverträgen durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung, um Auszubildende in tarifungebundenen Betrieben besser zu entlohnen.

b. Zertifizierung guter Ausbildungsbetriebe

Die Handels- und Handwerkskammern leisten im Rahmen ihrer Zuständigkeit schon heute einen unverzichtbaren Beitrag zur qualitativ hochwertigen Ausbildung. Diese Arbeit wollen wir aufgreifen und unabhängig weiterentwickeln. Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich für eine unabhängige Zertifizierung guter Ausbildungsbetriebe aus. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Zertifizierungssystem zu entwickeln, das bundesweit vergleichbaren Standards folgt, und dabei bestehende Zertifizierungen und Gütesiegel einzubeziehen. Hierbei sollen verschiedene Qualitätsaspekte im Vordergrund stehen, von der Qualifizierung und Weiterbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder über die Bereitstellung kostenloser Ausbildungsmittel bis zur modernen Ausstattung von Werkstätten mit Maschinen und Werkzeugen. An die Seite des Zertifizierungssystems soll ein System der Beratung und Qualifizierung von Ausbildungsbetrieben gestellt werden, an dem Kammern und Gewerkschaftsvertreter gleichberechtigt mitwirken. Zugleich ist die fortwährende Qualitätssicherung bei der Fortentwicklung des Berufsbildungsgesetzes mitzudenken.

c. Berufsschulpakt initiieren

Wir wollen einen Berufsschulpakt von Bund und Ländern initiieren, um in der dualen Ausbildung den Lernort Berufsschule zu stärken und Berufsschulen zu Kompetenzzentren für berufliche Bildung weiterzuentwickeln. Gerade für Geflüchtete stellen die Berufsschulen eine Brücke in die duale Ausbildung dar. Auch deshalb müssen wir in den nächsten Jahren in Berufsschulen investieren. Durch den Berufsschulpakt sind vor allem die Ausbildung der Berufsschullehrerinnen und -lehrer an den Hochschulen und die technologische sowie digitale Ausstattung der Berufsschulen zu verbessern. Zudem ist die Forschung im Bereich der Berufsbildung voranzutreiben. Die Länder wollen wir dabei unterstützen, für eine ausreichende Besetzung der Lehrerstellen an berufsbildenden Schulen zu sorgen. Auch die Schulsozialar-

beit ist massiv auszubauen und mit den Leistungen der Ausbildungsförderung eng zu verzahnen.

d. Internationale Mobilität Auszubildender steigern

Im Handwerk sind die Wanderjahre eine Jahrhunderte alte Tradition. Heute ist die Auslandsmobilität von Auszubildenden marginal. Nur etwa vier Prozent eines Ausbildungsjahrgangs machen ein Praktikum im europäischen Ausland. Im Zuge der Internationalisierung von Berufsfeldern und Arbeitsmärkten sollte die Tradition der Wanderjahre nicht nur im Handwerk wiederbelebt werden. Wir wollen den Anteil der auslandsmobilen Auszubildenden auf über 15 Prozent steigern. Eine zentrale Rolle wird dabei das Programm Erasmus+ der Europäischen Union einnehmen, das Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung zwischen zwei Wochen und zwölf Monaten fördert. Es ist die Aufgabe der Sozialpartner, stärker bei Auszubildenden und Betrieben für Auslandspraktika zu werben. Wünschenswert wäre, wenn Kammern, Gewerkschaften, Berufsschulen und Betriebe die Einführung von betrieblichen Beauftragten oder Kammerbeauftragten für den Auslandsaufenthalt von Auszubildenden vereinbaren. Bundesseitig könnte das in einem Modellprojekt getestet werden. Wir fordern das Bundesministerium für Bildung und Forschung zudem auf, in einer Imagekampagne für berufliche Ausbildung die vielfältigen Chancen eines ausbildungsintegrierten Auslandsaufenthalts zu bewerben.

Der Arbeitsmarkt wird internationaler, die Ausbildung zieht nach. Wir wollen 15 Prozent aller Auszubildenden motivieren, ein Auslandspraktikum zu absolvieren.

III. Berufliche und akademische Bildung besser verbinden – beruflichen Aufstieg fördern

Wir wollen eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung erreichen und die Idee vom „Aufstieg durch Bildung“ mit neuem Leben füllen. Deswegen wollen wir die berufliche Weiterbildung stärken, bestehende Aufstiegswege in die akademische Bildung modernisieren und neue Aufstiegswege schaffen. Außerdem wollen wir jungen Menschen eine gute Berufs- und Studienberatung bieten und sie ermutigen, dass sie ihre individuellen Bildungsentscheidungen unabhängig von Herkunft und Geschlecht treffen.

In der beruflichen Weiterbildung fehlt es oftmals an Transparenz über Bildungsträger, Kursinhalte, Kosten und Akzeptanz des Abschlusses. Es besteht zudem kein flächendeckendes System der Qualitätssicherung, das bundesweit ein hohes Niveau der Weiterbildungsabschlüsse sicherstellt. Die berufliche Aufstiegsfortbildung braucht mehr Transparenz und klare Standards, damit sie auch in Zukunft als echte Alternative zur akademischen Bildung wahrgenommen wird.

Beruflich Qualifizierte interessieren sich zunehmend für akademische Bildung. Der Wunsch junger Menschen und der Wirtschaft nach einer besseren Verbindung von beruflicher und

akademischer Bildung sowie nach mehr Übergängen wird auch deshalb immer größer. Viele Hochschulen haben auf diesen Druck reagiert und das Angebot hybrider sowie berufsbegleitender Bildungsformate ausgebaut oder die Möglichkeit zum „Studium ohne Abitur“ verbessert. Dadurch hat die traditionelle Trennung zwischen beiden Bildungsbereichen etwas abgenommen. Diesen Weg wollen wir weitergehen, denn mit einer Verbindung beider Bildungsbereiche können wir auf veränderte Qualifikationsanforderungen und die wachsende Bedeutung des lebenslangen Lernens reagieren. Wir wollen mehr beruflich Qualifizierten und Berufstätigen die Möglichkeit geben, ein Studium zu absolvieren. Bisher ist allerdings noch keine gemeinsame Strategie der Hochschulen zu erkennen, sich für diese Personengruppe zu öffnen. Gute Ansätze haben oft nur eine begrenzte Reichweite. Die einzelnen Akteure agieren zu oft in der Logik der eigenen Institution, das Verständnis für andere Bildungsbereiche ist zu gering und das Gesamtinteresse rückt aus dem Blick. Wir wollen dafür sorgen, dass alle relevanten Akteure sich an einem breiten Dialog beteiligen, die Verbindung von beruflicher und akademischer Bildung als gemeinsame Herausforderung betrachten und sie zukunftsweisend gestalten.

In der Verbindung beider Bildungsbereiche stecken viele Chancen. Angesichts von etwa 330 Ausbildungsberufen und 17.000 Studiengängen fällt es jungen Menschen jedoch zunehmend schwer, den für sie passenden Bildungsweg zu finden. Soziale Herkunft, Bildungshintergrund und Geschlecht entscheiden auch heute noch zu stark über den Bildungsweg. Das ist ungerecht und lässt vorhandene Potenziale nicht voll zur Entfaltung kommen. Wir wollen deswegen eine profunde und unvoreingenommene Berufs- und Studienorientierung, die junge Menschen über verschiedene Bildungswege und Aufstiegsperspektiven informiert. Gute Beratung ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit. Sie wird sinnvoll ergänzt durch das Engagement Ehrenamtlicher, die junge Menschen aus bildungsfernen Familien zu einem Bildungsaufstieg ermuntern.

a. Höhere Berufsbildung etablieren

Wir wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern, Einrichtungen der beruflichen Bildung und den Hochschulen die Aufstiegsfortbildung beruflich Qualifizierter zu einer höheren Berufsbildung ausbauen. Dafür wollen wir bundesweit und branchenübergreifend gültige hohe und vergleichbare Qualitätsstandards der Aufstiegsfortbildung entwickeln und gesetzlich festschreiben. Die Qualität der Bildungsträger und der Bildungsangebote ist durch ein geeignetes System der Zertifizierung und Akkreditierung zu gewährleisten. Dabei ist darauf zu achten, dass beruflich Qualifizierte transparente Informationen über Inhalte, Kosten, Abschlüsse und Karriereperspektiven erhalten. Eine mit der akademischen Bildung gleichwertige höhere Berufsbildung bietet die Chance, neue Brücken und Übergangswege zwischen beiden Bereichen zu erschließen. Auch unterhalb der Ebene von vollwertigen Abschlüssen sollten mögliche Schnittstellen in den Blick genommen werden. Sinnvoll wären zwischen Einrichtungen der beruflichen und der hochschulischen Bildung inhaltlich abgestimmte oder gemeinsam verantwortete Module und Lehrinhalte, die in beiden Bildungsbereichen anzu-

erkennen sind. Deswegen sind in diesem Rahmen nicht nur Qualifikationen für Leitungs- und Führungsaufgaben, sondern auch Formate der fachlichen Spezialisierung anzubieten, die sich an den individuellen Bildungsbiografien orientieren.

b. Berufsbezogene Studienprogramme schaffen

Wir wollen, dass alle Hochschulen ihr Angebot für beruflich Qualifizierte und Berufstätige attraktiver gestalten. Sie benötigen Studienangebote, die sich in ihre Erwerbsbiografie einbetten lassen, wodurch insbesondere neue Anforderungen an die Organisation von Studiengängen entstehen. Wir anerkennen die Leistungen der einzigen staatlichen Fernuniversität in Hagen, die mit ihren Fernkursen beruflich Qualifizierte und Berufstätige in besonderer Weise anspricht. In der Fläche nehmen die Fachhochschulen/Hochschulen für angewandte Wissenschaften (FH/HAW) mit ihrer anwendungsorientierten Forschung und Lehre auf wissenschaftlicher Grundlage eine wichtige Scharnierfunktion für Aufstiegswege in akademische Bildung ein. Wir wollen die FH/HAW unterstützen, damit sie diese Aufgabe auch in Zukunft wirksam erfüllen können. Daher sind sie personell besser auszustatten und stärker an der allgemeinen Forschungsförderung zu beteiligen. Auch wollen wir die Profilbildung einzelner Hochschulen als Leuchttürme für den Einstieg beruflich Qualifizierter in die akademische Bildung fördern. Damit wollen wir alle Hochschulen ansprechen, insbesondere die FH/HAW, die aufgrund ihrer bisherigen Erfolge besonders gute Voraussetzungen dafür bieten. Wir wollen jedoch auch Universitäten motivieren, sich dieser Zielgruppe verstärkt zu öffnen und ihr Angebot zu erweitern. Die Verzahnung beruflicher und akademischer Bildung steht hierbei für uns genauso im Vordergrund wie die Stärkung von Weiterbildungsangeboten für beruflich Qualifizierte, die im Erwerbsleben stehen. Wir setzen uns daher für ein Bundesprogramm HochschuleBerufBildung ein, mit dem wir besonders berufsbezogene Studienprogramme etablieren wollen, die ausschließlich beruflich Qualifizierten offen stehen.

Wir fordern ein Bundesprogramm HochschuleBerufBildung, das beruflich Qualifizierten passgenaue Einstiege in akademische Bildung ermöglicht.

c. Qualitätsstandards für duale Hochschulstudiengänge etablieren

Angesichts von fünf Prozent aller Studienanfängerinnen und -anfänger, die einen dualen Hochschulstudiengang wählen, ist dieses integrierende Bildungsformat mittlerweile ein relevanter Bestandteil der Hochschullandschaft. Allerdings sind die bestehenden dualen Studiengänge verschieden strukturiert, ihre Qualität ist heterogen und die Angebote sind vielfach nicht transparent. Es ist höchste Zeit, die bestehenden Angebote zu systematisieren und über die Definition eines inhaltlichen und organisatorischen „Markenkerns“ die dualen Studiengänge bundesweit vergleichbarer zu gestalten. Wir wollen daher gemeinsam mit den Bundesländern und den Hochschulen Qualitätskriterien für duale Studiengänge definieren. Zentrale Kriterien sind eine systematische Verzahnung der Lernorte Betrieb und Hochschule,

eine Vermittlung breiter, über die Anforderungen von Einzelbetrieben hinausgehender Qualifikationen, klare Vorgaben für die zulässige Studienbelastung sowie Grundsätze der vertraglichen Gestaltung und Vergütung. Wir wollen als Bund vorangehen und über das Bundesprogramm HochschuleBerufBildung die Einrichtung neuer dualer Studiengänge, die diesen hohen Qualitätsansprüchen genügen, unterstützen.

d. Regionale Netzwerke für Berufs- und Hochschulbildung initiieren

Wir wollen über die genannten Maßnahmen hinaus das Hochschulangebot stärker für beruflich Qualifizierte öffnen. Dazu brauchen wir durchlässige Wege und Wertschätzung für im Beruf erworbene Qualifikationen sowie deren Anerkennung. Durch die beiden Wettbewerbsrunden „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschule“ wurden berufsbegleitende und duale Studiengänge, Studienmodule und Zertifikatsangebote entwickelt, die beruflich Qualifizierten eine akademische Aus- und Weiterbildung an Hochschulen ermöglichen. Dieser Weg sollte, wo sinnvoll, an weiteren Hochschulstandorten in die Praxis umgesetzt werden. Um flächendeckend ein attraktives akademisches Studienangebot für beruflich Qualifizierte zu gewährleisten, sind jedoch weitere Anstrengungen erforderlich. Die „Offene Hochschule Niedersachsen“ setzt hier Maßstäbe: Angelehnt an ihre Unterstützungsplattform ermuntern wir andere Regionen, regionale Netzwerke zwischen Politik, Hochschulen und Sozialpartnern zu initiieren.

Regionale Netzwerke geben Raum für Dialog. So wächst das Verständnis für den jeweils anderen Bildungsbereich und dessen institutionelle Logik. Dies ist eine wichtige Grundlage, um die Bildungsbereiche besser aufeinander abzustimmen und auch in schwierigen Fragen tragfähige Lösungen zu entwickeln. Regionale Netzwerke ermöglichen es dadurch, die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen zu stärken, Quereinstiege zu vereinfachen, die inhaltliche Zusammenarbeit voranzutreiben und neue Modelle berufsbegleitender und integrierender Studienorganisation zu entwickeln, etwa im Bereich des Fernstudiums, des „Blended Learning“ und des Teilzeitstudiums. Wir wollen von Bundesseite dazu beitragen, dass der Dialog in regionalen Netzwerken zum Erfolg wird. Mit dem Bundesprogramm HochschuleBerufBildung wollen wir einerseits die Umsetzung neuer Studienmodelle fördern und andererseits runde Tische in der Region sowie den Aufbau regionaler Beratungsangebote und eine engere Verzahnung mit der Berufs- und Studienorientierung begünstigen. Dadurch sollen die möglichen Übergänge stärker nutzbar und bekannt gemacht werden. Beruflich Qualifizierte wie Betriebe sollen Orientierung erhalten, um innerhalb der bestehenden Angebote das passgenaue Angebot auswählen zu können.

e. Beratungsangebote verbessern

Eine umfassende Berufs- und Studienberatung ist unerlässlich, um jungen Menschen einen guten Einstieg in die duale oder akademische Ausbildungswelt zu geben. Deshalb wollen wir diese ausbauen. Es ist die Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit, gemeinsam mit den jewei-

ligen Beratungsangeboten an Fachhochschulen und Universitäten, von Kammern und weiteren Stellen ein flächendeckendes und neutrales Netz an kompetenten Anlaufstellen für Berufs- und Studienberatung aufzubauen. Eine qualifizierte und transparente Berufs- und Studienberatung trägt dazu bei, dass Ausbildungs- und Studienabbrüche seltener werden. Zugleich hilft sie Abbrecherinnen und Abbrechern bei der Suche nach alternativen Bildungswegen und kann neue Möglichkeiten zur individuellen Weiterentwicklung aufzeigen.

Darüber hinaus ist in allen Schulformen einer ergebnisoffenen Berufs- und Studienorientierung hinreichend Zeit einzuräumen. Schulen sollten insgesamt mehr Informationen über die tatsächliche Arbeitswelt bieten und frühzeitig Praxisblicke ermöglichen. Der Bund soll sich gemeinsam mit den Bundesländern auf Standards bei der Berufs- und Studienorientierung verständigen und diese notfalls zunächst in bundesseitig geförderten Modellprojekten erproben. Die Bundesländer sind dazu aufgefordert, diese in ihren Lehrplänen zu verankern. Von Bundesseite möchten wir über das Bundesprogramm HochschuleBerufBildung ein passgenaues Weiterbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer fördern.

Zugleich ist und bleibt es der Betrieb selbst, der gerade jungen Erwachsenen Entwicklungsperspektiven aufzeigen muss. Das ist in seinem eigenen Interesse, um für die Beschäftigten als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Deshalb sind Betriebe und Kammern aufgefordert, ihren Beitrag zur Entwicklung junger Karrieren in der dualen und akademischen Ausbildung zu leisten.

Viele Bildungsentscheidungen kommen aufgrund tradierter Rollenentscheidungen sowie bewusster und unbewusster Diskriminierungen zustande. Alle an der Beratung Beteiligten sollen junge Menschen dazu ermuntern, die unabhängig von Geschlecht und Herkunft für sie richtigen Bildungsentscheidungen zu treffen. Daher sind die an der Beratung Beteiligten durch ihre Ausbildung und Weiterbildungen als Expertinnen und Experten für Antidiskriminierung zu qualifizieren.

f. Innovative Bildungsinitiativen stärken

Wir wollen innovativen Bildungsinitiativen, die sich in nachweislich wirksamer Arbeit für mehr Chancengerechtigkeit und Bildungserfolg einsetzen, einen besseren Zugang zum Bildungssystem ermöglichen. Auch noch so gut ausgebildetes Personal in den Bildungsinstitutionen und in der Studien- und Berufsberatung, das sich engagiert für sozialen Aufstieg einsetzt, bemüht sich bei Jugendlichen aus bildungsfernem Umfeld häufig vergeblich. Innovativen Bildungsinitiativen gelingt es über den Peer-to-peer-Ansatz, diese Jugendlichen mit Mentorinnen und Mentoren ähnlichen Alters oder mit vergleichbarem familiärem Bildungshintergrund zu erreichen. Durch niederschwellige Angebote der Beratung, Unterstützung und Begleitung motivieren sie Jugendliche, etwas aus ihrem Leben zu machen und die bestehenden Möglichkeiten des Bildungssystems für den eigenen Aufstieg zu nutzen. Jugendliche, denen das familiäre und soziale Netzwerk diesen Bildungsaufstieg verwehrt, nehmen

durch das Engagement innovativer Bildungsinitiativen etwa eine Ausbildung auf und schließen sie erfolgreich ab. Andere studieren trotz Vorbehalte ihres Elternhauses und bestehen in der ihnen fremden Welt der akademischen Bildung. Innovative Bildungsinitiativen bauen daneben auch Selbstvertrauen auf, erweitern den Blick auf Berufsperspektiven und helfen bei der Entwicklung sozialer Kompetenzen. Wir würdigen die vielfach ehrenamtliche Tätigkeit der innovativen Bildungsinitiativen als essentiellen Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir wollen die Rahmenbedingungen für ihr Wirken verbessern und sie durch ein Bundesförderprogramm stärken.